



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 04.11.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:31 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Carsten Heym
Birgit Marks
Dr. Christoph Bergner

Hendrik Lange
Dr. Silke Burkert
Melanie Ranft
Sarah Labusga

Andreas Schachtschneider
Yvonne Krause

Maximilian Kullack
Friedrich Lemberg
Detlef Prellwitz
Jenny Rudek
André Scherer
Andreas Slowig
Nicole Esther Walldorf
Martin Wiechmann

AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Vertretung für Herrn Petzold
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Volt/MitBürger
Vertretung für Herrn Raabe
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /
FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
(Saale)
Anwesend bis 19:00 Uhr
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
beratendes Mitglied
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow
Alexander Frolow
Martin Heinz
Annika Seidel-Jähnig

Christian Loll
Maria Simon
Susanne Schultze
Steffen Grabo-Gläser
Markus Petzold
Charlize Meisner

Beigeordnete Bildung und Soziales
Fachbereichsleiter Bildung
Leitung Fachbereich Immobilien
Referentin Geschäftsbereich Bildung und
Soziales
Leiter Abteilung Verwaltung und Finanzen
Leiterin Team Finanzen
Leiterin Abteilung Hochbau Schulen
Leiter Team Objektverwaltung
Schulnetzplaner
stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Herr Bahn

Herr Thomas Gaube

Frau Beate Zahn

Frau Jana Dammköhler

Lehrkraft am Hans-Dietrich-Genscher-
Gymnasium
Schulleiter Giebichenstein-Gymnasium
„Thomas Müntzer“
Stellvertretende Schulleiterin Giebichenstein-
Gymnasium „Thomas Müntzer“
Däschler Architekten & Ingenieure

Entschuldigt fehlten:

Claudia Schmidt
Paul Backmund
Daniel Petzold
Friedemann Raabe
Brigitte Knothe

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Volt/MitBürger
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Bildungsausschusses wurde von der stellvertretenden Vorsitzenden, **Frau Melanie Ranft**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ranft wies auf folgende Ergänzungen hin:

TOP 7 Mitteilungen

Es gibt eine neue Mitteilung:

TOP 7.1 Vorlage: VIII/2025/01716 Bericht über die Aufnahme in die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/-2026

Frau Brederlow bat darum, die Mitteilung des Genscher-Gymnasiums auf der aktualisierten Tagesordnung vor den TOP 5.1 vorzuziehen, da viele Teilnehmer anwesend seien und die Tagesordnung umfangreich sei.

Frau Dr. Burkert beantragte das Rederecht für Frau Zahn und Herrn Gaube für den TOP 5.3. Dem Rederecht wurde einstimmig stattgegeben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, daher bat **Frau Ranft** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.09.2025
- . Behandlung TOP 7.1
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024
Vorlage: VIII/2025/01586
- 5.2. Neufassung der Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01019
- 5.3. Baubeschluss für die Sanierungsmaßnahme Schulobjekt Rainstraße 19 - Außenstelle für das Giebichenstein-Gymnasium "Thomas Müntzer" in der Rainstraße 19, 06114 Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01655
- 5.4. Dritte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01115
- 5.5. Neuberufung der Mitglieder des Bildungsbeirates Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01658
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Unterstützung des Programms „Mach' ein Ferienpraktikum im Handwerk!“
Vorlage: VIII/2025/01293
7. Mitteilungen
- 7.1. Vorstellung des Konzeptes des Hans-Dietrich-Genscher Gymnasiums
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Am Ludwigsfeld
Vorlage: VIII/2025/01825
9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

- 10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.09.2025

11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zum Erweiterungsbau der KGS Ulrich von Hutten

Der **Fragesteller 1** betonte, dass der Erweiterungsbau der KGS Ulrich von Hutten weiterhin dringend erforderlich sei. Trotz früherer Zusagen der Stadtverwaltung habe er erfahren, dass der Bau angeblich nicht mehr benötigt werde. Er wies darauf hin, dass die Schule weiterhin zehn Räume zu wenig habe, die Fachräume in schlechtem Zustand seien und eine Außenstelle als Notlösung genutzt werde. Er kritisierte, dass diese Entscheidung ohne Rücksprache mit der Schule getroffen worden sei und forderte Klarheit über die Gründe.

Frau Brederlow erklärte, dass der Erweiterungsbau derzeit nicht im Haushaltsplan enthalten sei, da die Schulentwicklungsplanung noch ausstehe. Diese werde entscheidend dafür sein, ob und in welchem Umfang ein Erweiterungsbau notwendig sei, insbesondere im Hinblick auf die geplante Fusion der KGS Ulrich von Hutten mit der IGS am Steintor. Sie führte weiter aus, dass Maßnahmen nur dann in den Haushalt aufgenommen werden könnten, wenn sie durch eine genehmigte Schulentwicklungsplanung gedeckt seien. Sie merkte an, dass die Kommunikation in diesem Fall unglücklich verlaufen sei, und kündigte an, gemeinsam mit der KGS und der IGS einen Gesprächstermin zu organisieren, um den aktuellen Stand und das weitere Vorgehen zu besprechen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 4.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 30.09.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 30.09.2025

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 7.1 **Behandlung TOP 7.1**

Frau Brederlow beantragte das Rederecht für Herrn Bahn.

Frau Ranft fragte, ob es nicht ursprünglich der Wunsch gewesen sei, das Genscher-Gymnasium gemeinsam mit der Grundschule Schimmelstraße zu behandeln.

Frau Brederlow erläuterte, dass es ursprünglich vorgesehen gewesen sei, das Genscher-Gymnasium gemeinsam mit der Grundschule Friesen zu behandeln. Aufgrund des laufenden Umzugs in die Schimmelstraße könne die Grundschule Friesen ihr Konzept jedoch noch nicht vorstellen. Fragen an die Schule seien dennoch möglich. Sie ergänzte, dass Frau Schmidt sich gewünscht habe, dass das Genscher-Gymnasium sein Konzept heute präsentiert.

Frau Ranft erkundigte sich, ob die Grundschule Friesen ihr Konzept im Dezember präsentieren wird.

Frau Brederlow erklärte, dass die Grundschule Friesen ihr Konzept voraussichtlich erst nach den Winterferien vorstellen könne. Gründe seien mehrere parallele Herausforderungen wie die Umstellung durch das Startchancen-Programm sowie die neuen räumlichen Bedingungen durch den Umzug. Die Schulleitung teile diese Einschätzung. Sobald die Schule bereit sei, werde das Konzept im Ausschuss vorgestellt.

Frau Ranft merkte an, dass sie den Wunsch der Schule und von Frau Brederlow zur Kenntnis genommen habe. Sie verwies darauf, dass es an der Verwaltung liege, zu entscheiden, ob der Termin vorgezogen werden soll, und äußerte, dass der Zeitpunkt derzeit recht spät sei. Anschließend leitete sie zum Tagesordnungspunkt Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasium über.

Frau Ranft fragte, wer zustimme, dass Herr Bahn das Rederecht erhalte. Dem Rederecht wurde einstimmig stattgegeben

Herr Bahn führte in die Präsentation ein.

Frau Ranft schlug vor, dass zunächst drei Fragen gesammelt gestellt werden und die Antworten dann gemeinsam erfolgen, bevor die nächsten Fragen folgen.

Frau Krause stellte die Frage, wie im Konzept des Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasiums die sichere Überquerung der Straße für die Kinder zwischen dem Hauptgebäude und den Fachkabinettgebäuden gewährleistet werden soll, da die Kinder nach der Grundschule zwar behütet aufgenommen werden, aber dennoch die Straße passieren müssen.

Herr Scherer wollte zum einen wissen, ob für die fünfte bis siebte Klasse ein Ganztagskonzept geplant sei, die dem die übernommenen Horträume entsprechend genutzt würden. Zum anderen erkundigte er sich, welche Bedarfe die Schule bei der Nutzung der Räumlichkeiten gesehen habe, nachdem diese bereits im Augenschein genommen worden seien.

Herr Schachtschneider wollte wissen, ob der Begriff „Campus“ bereits verbindlich sei, da er die Bezeichnung Gymnasium für ausreichend halte. Zum anderen erkundigte er sich, welche konzeptionellen Maßnahmen zur Raumgestaltung geplant seien, da die Klassen mit 30 Schülern in der alten, denkmalgeschützten Schule sehr eng seien.

Herr Bahn erläuterte, dass die Grundschule Friesen verschiedene Räumlichkeiten biete und aktuell vier Räume genutzt würden. Bei einer Mehrzügigkeit entstehe bereits ein Platzproblem, insbesondere für Fachräume für Biologie, Chemie und Physik reaktiviert werden könnten, um das Problem von Raumwechseln zu minimieren. Er führte weiter aus, dass die Horträume für zusätzliche Bildungsangebote genutzt werden könnten, etwa für Bibliotheken, Deeskalationsräume oder Räume für inklusive Maßnahmen. Diese sei besonders für die Klassen 5 bis 7 sinnvoll, aber auch für ältere Schülerinnen und Schüler mit speziellen Bedarfen. Zudem erklärte er, dass der Begriff „Campus“ gewählt wurde, um über das klassische Gymnasium hinaus einen zentralen, gestaltbaren Bildungsort zu schaffen, beispielsweise mit Bibliothek oder Gedenkort. Die Räume könnten auch ohne größere bauliche Maßnahmen flexibel genutzt werden, um den Unterricht und ergänzende Bildungsangebote zu unterstützen.

Frau Dr. Burkert fragte, ob auf dem Gelände der Grundschule Friesen zusätzliche Möglichkeiten für Sportaktivitäten bestehen. Sie verwies darauf, dass die Turnhalle des Genscher-Gymnasiums sehr klein sei und dort bereits viele Aktivitäten stattfänden. Konkret erkundigte sie sich, ob auf dem erweiterten Gelände Sportarten wie Weitsprung, Volleyball, Basketball oder Sprint möglich wären.

Herr Lange erkundigte sich, ob es konzeptionelle Überlegungen zur Gestaltung des Schulhofs vor dem aktuellen Schulgebäude gebe, da dieser im Sommer kaum Schatten biete und insgesamt wenig ansprechend sei. Er verwies darauf, dass für die Bestandsfähigkeit des Gymnasiums eine Vierzügigkeit notwendig sei, was auch räumliche Verbesserungen voraussetze. Darüber hinaus fragte er, welche inhaltlichen Elemente das Schulkonzept neben dem Namen Hans-Dietrich Genscher tragen und wie sich die geplante Entwicklung zur offenen Ganztagschule organisatorisch auf den Unterricht auswirken werde.

Frau Ranft äußerte, dass sie sich von der Schule mehr inhaltliche Impulse und Visionen erhoffe, gerade da mit dem zusätzlichen Schulgebäude neue Möglichkeiten geschaffen würden. Sie betonte, dass das Gymnasium die Chance habe, sich stärker zu profitieren und attraktiver zu werden, da die bisherigen Anmeldezahlen trotz bilinguaalem Schwerpunkt nicht sehr hoch seien. Sie regte an, deutlicher aufzuzeigen, welche neuen pädagogischen und organisatorischen Möglichkeiten durch die Erweiterung entstehen, etwa in der Förderung oder Ganztagsgestaltung. Zudem ermutigte sie die Schule, Wünsche zur Nutzung der Fläche zwischen den Gebäuden zu äußern, auch wenn diese bisher als nicht umsetzbar dargestellt wurde. Insgesamt sehe sie sowohl für das Gymnasium als auch für die Grundschule Friesen die Chance, mit den zusätzlichen Räumen ein modernes und starkes Schulkonzept zu entwickeln.

Herr Bahn antwortete, dass zusätzliche Sportanlagen der Grundschule Friesen dem Gymnasium erheblich helfen würden, da aufgrund der Vierzügigkeit mehr Bewegungs- und Unterrichtsflächen benötigt werden. Aktuell müsse für Leichtathletik oft auch andere Standorte Ausgewichen werden. Zum Schulhof erklärte er, dass die aktuelle Fläche asphaltiert und ohne Schatten sei und kaum Gestaltungsspielraum lasse. Eine Erweiterung durch die Außenanlage der Grundschule Friesen würde den Schülerinnen und Schülern deutlich mehr Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten bieten. Er betonte zudem, dass die Schule große pädagogische Visionen habe, darunter die Weiterentwicklung naturwissenschaftlicher Angebote. Er nannte als Beispiel den Wunsch nach einem Markerspace für 3D-Drucker, Arduino-Arbeit und projektorientiertes Lernen. Auch die Weiterentwicklung zur Europaschule sei Teil des Konzepts, werde jedoch durch die unzureichende IT-Ausstattung erschwert.

Herr Lange führte aus, dass selbstverständlich alle weitergehenden Wünsche und Bedarfe im Austausch mit der Stadt und im Gesamtkontext der Schulentwicklungsplanung betrachtet werden müssten. Gleichwohl wünsche er sich eine deutlich wahrnehmbare Aufbruchsstimmung, die den Ruf des Genscher-Gymnasiums stärkt und das Schulkonzept sichtbar in die Stadtgesellschaft trägt. Er betonte, dass die angedeutete stärkere naturwissenschaftliche Profilierung, eingebettet in einen gesellschaftlichen Diskurs, ein überzeugender Ansatz sei. Wenn sich dieser Schwerpunkt klar im Schulkonzept widerspiegele und räumlich sowie sächlich untersetzt werden könne, müsse dies in enger Abstimmung mit der Stadt erfolgen.

Herr Bahn ergänzte abschließend, dass für die Schule ein weiterer Aspekt von Bedeutung sei, der bisher noch nicht angesprochen worden sei. In jedem Jahrgang gebe es eine Chorklasse, die regelmäßig Konzerte veranstalte. Diese Chorklassen würden sehr davon profitieren, wenn es künftig die Möglichkeit gäbe, einen Raum für Tonaufnahmen zu nutzen. Er erläuterte, dass es kein vollumfängliches Tonstudio sein müsse, jedoch zumindest ein kleiner, akustisch geeigneter Raum, in dem Tonaufnahmen eingesprochen oder eingesungen werden könnten. Dies wäre nicht nur für die Chorklassen hilfreich, sondern auch für den Deutschunterricht. Dort arbeite man zunehmend mit Hörspielen, Hörbüchern und anderen multimedialen Formaten, für die eine solche Aufnahmemöglichkeit einen erheblichen pädagogischen Mehrwert darstelle. Abschließend bot er an, eine detaillierte Übersicht über die materiellen Bedarfe und Wünsche der Schule zusammenzustellen und betonte, dass er sich über einen weiteren Austausch dazu freuen würde.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024 Vorlage: VIII/2025/01586

Herr Lange merkte an, dass aus seiner Sicht noch Fragen offengeblieben seien. Konkret bezog er sich auf die Nachfrage von Herrn Schachtschneider zum Jahresabschluss 2024. In den vergangenen Jahren habe jede Schule eine detaillierte Untersetzung des Haushaltsansatzes erhalten, üblicherweise in Form umfangreicher Unterlagen. Diese Unterlagen habe er in diesem Jahr jedoch nicht gefunden. Es könne zwar sein, dass er eine entsprechende Mail übersehen habe, doch auch in den aktuell veröffentlichten Haushaltsunterlagen im Netz seien diese Dokumente nicht enthalten. Möglicherweise seien sie inzwischen eingestellt worden, allerdings habe er sie bislang nicht auffinden können.

Herr Frolow erklärte, dass die Unterlagen bereits fertiggestellt seien. Was derzeit noch fehle, sei eine Abstimmung mit anderen Bereichen der Stadtverwaltung. Man arbeite arbeitsteilig und vieles, was in der Übersicht dargestellt werde, betreffe Leistungen anderer Fachbereiche. Daher werde von diesen noch eine Freigabe benötigt. Er gehe jedoch davon aus, dass dies kein Problem darstelle, da es sich um sehr kleinteilige Darstellungen handle, die bis hin zu Telefonrechnungen oder Speermüllentsorgungen reichten. Herr Frolow betonte, dass die Schulen diese Übersicht in den vergangenen Jahren regelmäßig erhalten hätten und dass dies auch in diesem Jahr wieder der Fall sein solle. Früher sei die Übersicht per Mail verschickt worden, diesmal solle sie in Session eingestellt werden. Sobald die Freigabe der beteiligten Bereiche vorliege, werde die Liste unmittelbar hochgeladen.

Herr Lange fragte zunächst nach den Gründen für die großen Differenzen im Jahresabschluss, insbesondere im Hinblick auf mögliche Abschreibungen, die noch nicht dargestellt worden seien. Er griff anschließend das Thema Ersatzneubau auf und betonte den bestehenden Raumbedarf für funktionierende Fachunterrichtsräume, einschließlich Wirtschaft, Technik und Hauswirtschaft. Er erklärte, dass es eine Lösung brauche, die diesen Bedarf am Standort integriert, und sprach die Herausforderung an, dass der Neubau nicht in den Haushaltsplan aufgenommen werden könne, bevor die Schulentwicklungsplanung fortgeschrieben sei. Zugleich wies er darauf hin, dass die Schulentwicklungsplanung fortgeschrieben sei. Zugleich wies er darauf hin, dass die Schulentwicklungsplanung bereits weit vorbesprochen sei und damit eine zeitnahe Umsetzung möglich erscheinen würde. Er bat die Verwaltung um Vorschläge, wie man aus diesem Dilemma herauskommen könne, um die räumliche Situation an der Schule wie geplant zu verbessern.

Frau Brederlow erläuterte, dass die Situation der KGS Ulrich von Hutten aktuell durch mehrere Faktoren erschwert sei. Zum einen liege ein Geburtenrückgang vor, wodurch künftig weniger Schüler zu erwarten seien, und die Stadt befinde sich in Haushaltskonsolidierung. Zum anderen sei die Fusion der Schule noch nicht beschlossen, wodurch eine aktualisierte Schulentwicklungsplanung noch ausstehe und erst nach Genehmigung durch das Landesschulamt wirksam werde. Sie betonte, dass ohne eine bestätigte Schulentwicklungsplanung derzeit keine stichhaltigen Argumente für die Aufnahme des Erweiterungsbaus in den Haushaltsplan vorlägen und es unklar sei, ob die geplanten Maßnahmen als bestandsfähig anerkannt würden. Sie regte an zu prüfen, ob das Vorhaben für das nächste Jahr mit einem entsprechenden Schulkonzept begründet werden könne.

Herr Schachtschneider fragte, ob es in der Verwaltung bereits Vorabstimmungen oder Überlegungen gebe, wie der Erweiterungsbau der KGS Ulrich von Hutten trotz des laufenden Haushaltskonsolidierungskonzepts umgesetzt werden könnte. Er verwies darauf, dass der Bau im aktuellen Haushaltsplan nicht enthalten sei, und wollte wissen, ob es Ansätze gebe, sich vorsichtig in diese Richtung zu bewegen.

Frau Brederlow erklärte, dass das Thema Erweiterungsbau weiterhin präsent sei, die Umsetzung jedoch von verschiedenen Beschlüssen und einem konkreten Raumkonzept abhängig sei. Solange diese Voraussetzungen nicht vorliegen, sei das Vorhaben derzeit noch nicht konkret in der Verwaltung vorbesprochen.

Herr Lemberg erklärte, dass ihn die Ausführungen von Herrn Russo zu weiteren Fragen bezüglich des Haushalts und des Schulraums geführt hätten. Er verwies darauf, dass die KGS Ulrich von Hutten bereits frühzeitig Konzepte zur Weiterentwicklung und Sicherung des Bestands erstellt habe, unter anderem im Hinblick auf die geplante Fusion zu einer IGS. Er bat um eine Darstellung, welche Räume nach der Fusion tatsächlich benötigt werden, welche bereits jetzt erforderlich sind und wie sich der Raumfaktor des Schulgebäudes im zukünftigen Konzept verändert. Dabei betonte er, dass trotz Fusion die Schülerzahlen gleichbleiben und der Anbau weiterhin erforderlich sei. Abschließend äußerte er seine Sorge, dass ohne frühzeitige Planung und Berücksichtigung im Haushaltsplan auch im kommenden Jahr das gleiche Problem wieder auftreten könnte.

Herr Petzold erläuterte, dass die aktuellen Meldedaten einen Rückgang der Schülerzahlen von 2.250 auf 1.600 Kinder bis zum Schuljahr 31/32 zeigen, basierend auf 64 Klassen statt der bisherigen 90. Unter Einbezug einer aktuellen Raumauszählung der KGS Ulrich von Hutten und der IGS am Steintor verfüge die fusionierte Schule perspektivisch über 79 Unterrichtsräume. Er führte aus, dass die derzeitige Klassenanzahl von 61 einen Raumfaktor von 1,3 ergebe und dass eine perspektivische Siebenzügigkeit zu 51 Klassen einen Raumfaktor von 1,55 ergebe. Somit sei der Erweiterungsbau aktuell schwer bei der Kommunalaufsicht zu begründen, da die Schülerzahlen sinken und der Raumfaktor im Prognosezeitraum als ausreichend bewertet werde. Er betonte, dass dies die Datengrundlage zur weiteren Diskussion fundiere, ohne den Bedarf an Fachunterrichtsräumen zu negieren.

Herr Lemberg fragte, warum bei den sonstigen schulischen Ausgaben das tatsächliche Ergebnis teilweise deutlich unter dem Haushaltsansatz liege. Er verwies insbesondere auf das Schulumweltzentrum Halle-Franzigmark, bei dem der Ansatz von 50.200 Euro im Jahr 2024 nur zu einem Ergebnis von 25.839 Euro geführt habe. Ähnlich niedrig seien die Ausgaben bei der Zooschule 24 und bei „Jugend trainiert für Olympia“. Er wollte wissen, wie diese Differenzen zustande kommen.

Herr Loll erklärte, dass die tatsächlichen Ausgaben unter dem Planansatz lägen, weil der Haushalt wirtschaftlich und sparsam bewirtschaftet worden sei und nicht alle Mittel ausgegeben wurden. Er kündigte an, dass eine detaillierte Aufstellung der betroffenen Sachkonten, wie von Herrn Lange angesprochen, in den nächsten Tagen zur Verfügung gestellt werde.

Frau Ranft schlug vor, nach den Gründen für den geringen Mittelabruf zu fragen. Sie wollte wissen, ob tatsächlich weniger Bedarf bestanden hat oder ob seitens der Verwaltung veranlasst wurde, sparsamer abzurufen. Außerdem fragte sie Herrn Lemberg, ob er noch eine weitere Frage habe.

Herr Lemberg fragte, wie die Förderung der Träger der Wohlfahrtspflege in den laufenden Zuwendungen berechnet wird. Er wollte wissen, ob dafür die Zensuszahlen oder das Melderegister herangezogen werden müssen und weshalb die Verwaltung das Melderegister nutzt. Herr Lemberg erkundigte sich außerdem, warum der Betrag der laufenden Aufwendungen pro Einwohner von 2,14 Euro im Jahr 2022/23 auf 2,35 Euro ansteigt und ob hierfür eine Verpflichtung besteht. Er wollte ebenfalls erfahren, welche Konsequenzen es hätte, wenn man diese Ausgaben vollständig streichen oder auf 1,50 Euro pro Einwohner senken würde.

Frau Brederlow erklärte, dass dies nicht der zuständige Ausschuss sei und die Frage schriftlich eingereicht werden müsse, weil die heute anwesende Verwaltung keine Antwort geben könne und ein anderer Fachbereich zuständig sei.

Herr Lange machte deutlich, dass selbst eine Reduzierung auf eine Siebenzügigkeit nicht verhindern würde, dass Schülerinnen und Schüler zwischen dem Steintor-Campus und der KGS Hutten pendeln müssten. Er betonte, dass es keine Lösung sein könne, sich allein auf rechnerische Raumfaktoren zu berufen und den Schülerinnen und Schülern lange Wege im Schulalltag zuzumuten. Herr Lange hob hervor, dass die schulorganisatorische Umsetzung nur funktionieren könne, wenn an der Huttenstraße ausreichend Fachunterrichtsräume vorhanden seien. Er bat daher dringend darum, erneut das Gespräch mit der Schule zu suchen. Herr Lange erinnerte daran, dass bis zur Umsetzung noch ein langer Zeitraum bestehe und dass sinkende Schülerzahlen die Chance bieten sollten, in Qualität zu investieren. Er verwies auf bestehende Raumnot an einigen Schulen und plädierte dafür, mehr Räume zu schaffen, um moderne Schulorganisation zu ermöglichen. Abschließend erklärte er, dass man zwar oft an Genehmigungsgrenzen stoße, die Stadt jedoch weiterhin Überzeugungsarbeit beim Landesverwaltungsamt leisten solle. Wichtig sei, dass Stadt, Verwaltung und Stadtrat selbst von diesem Weg überzeugt seien.

Herr Petzold ergänzte, dass die fusionierte IGS auch mit acht Zügen keine eigenständige gymnasiale Oberstufe auf Basis der Prognosen schaffen werde und nach Erfahrungswerten mindestens zehn bis elf Züge erforderlich seien. Er wies darauf hin, dass das Argument sieben oder acht Züge würden nicht ausreichen, weiterhin das zentrale Problem darstelle. Herr Petzold machte deutlich, dass er sich nicht anmaße, über die Entscheidungsgrundlagen zu urteilen, verwies aber darauf, dass der Raumfaktor bisher immer als objektive Diskussionsgrundlage diene. Er kündigte an, dass im Rahmen der dritten Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung beim Landesschulamt eine pädagogische Konzeptionierung eingeholt werde, um die spätere Diskussion darüber zu untermauern, wie Schulorganisation an den beiden Standorten möglich sei und welche Vorstellungen Landesschulamt und Schulleitung dazu hätten.

Frau Dr. Burkert betonte aus SPD-Sicht, dass Gesamtschulen weiterhin stark nachgefragt werden und das gemeinsame lange Lernen von vielen Eltern favorisiert wird. Sie forderte, dass die Stadt und der Bildungsausschuss diesen Bedarf unterstützen. Sie erinnerte an den Stadtratsbeschluss zum Erweiterungsbau an der KGS Hutten, um moderne und schülergerechte Fachräume zu schaffen. Bei einem Vor-Ort-Besuch sei deutlich geworden, dass die Räume, insbesondere die Fachkabinette und die Turnhalle, beengt und in schlechten Zustand seien. Sie plädierte dafür, gerade an diesem Standort, der soziale Herausforderungen aufweise, in vernünftige Unterrichtsmöglichkeiten zu investieren. Auch bei sinkenden Schülerzahlen müsse langfristig geplant werden, um die Schule zukunftsfähig zu machen, inklusive Fachkabinett und Sportmöglichkeiten, damit Kinder nicht für einzelne Unterrichtsstunden quer durch die Stadt geschickt werden müssen.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die SPD-Fraktion überlegen müsse, auf welche Schulform sie künftig in Halle verzichten wolle. Sie betonte, dass eine Konzentration auf eine Schulform automatisch die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen gefährde und dies bei Entscheidungen berücksichtigt werden müsse.

Frau Labusga stellte eine Rückfrage zu einer zuvor schriftlich gestellten Anfrage. Sie wies darauf hin, dass bei den Investitionen Ausweichquartiere, wie etwa die Otto-Straße, aufgeführt seien und es sich dabei um Digitalisierungsmittel handele. Sie bat darum, in den Änderungsblättern die Mittel klar den entsprechenden Schulen zuzuordnen, da die Mittel nicht dem Ausweichquartier Otto-Straße, sondern beispielsweise der KGS Hutten zugeordnet seien.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die Mittel nicht im Haushaltsplan ausgewiesen werden, sondern in den regelmäßigen Berichten erscheinen. Sie ergänzte, dass Frau Schultze dies noch mitnehmen werde, um den Fraktionen gegebenenfalls weitere Informationen bereitzustellen.

Herr Lange erklärte, dass es fragwürdig sei, ihn als Landtagsabgeordneten für Dinge verantwortlich zu machen, für die die schwarzgeführte Landesregierung zuständig ist, wie fehlende Schulbaulichkeiten oder nicht ausgegebenes Geld. Er kritisierte, dass das Schulgesetz die Kooperation bei den Oberstufen verbiete, obwohl dies früher funktionierte, und vermutete, dass dies mit der grundsätzlichen Infragestellung der Schulform zusammenhängen könnte. Herr Lange betonte, dass fehlende vorgegebene Raumfaktoren der Kommunen die Freiheit lassen, eigene Faktoren festzulegen, auch wenn dies ein Kampf sei, und verwies auf die noch geltenden Raumfaktoren aus den 1990er Jahren. Er plädierte dafür, den Erweiterungsbau weiterhin möglich zu machen, das räumliche Konzept schnell nachzuschärfen und so eine gute Beschulung an beiden Standorten zu gewährleisten, da dies sonst schwierig werde.

Frau Ranft fasste zusammen, dass es sich um einen Appell für einen gemeinsamen Änderungsantrag handle. Sie wies darauf hin, dass die Finanzverantwortlichen ebenfalls zusammensitzen und die Haushaltssituation prüfen. Frau Ranft bat die Fraktion, dies an ihre Finanzverantwortlichen zurückzuspiegeln, um zu klären, ob ein Änderungsantrag möglich sei.

Herr Scherer fragte, ob eine Ganztagskonzeption der weiterführenden Schulen, etwa mit festgelegten Nachmittagszeiten und Einbindung von Horterziehern, Auswirkungen auf die Raumfaktoren habe. Er wollte wissen, ob solche zusätzlichen Nutzungsformen wie Horträume oder Schulclubs die Argumentation gegenüber dem Land verändern könnten.

Frau Brederlow erklärte, dass ein Ganztagskonzept für das reine Beschulungskonzept keine Auswirkungen auf die Raumfaktoren habe. Sie betonte jedoch, dass Schulen wie das Feininger Gymnasium bestimmte Räume für Ganztagsangebote vorgesehen hätten und der Schulalltag dadurch anders gestaltet werde. Sie wies darauf hin, dass dies eher die flexible Nutzung der Räume betreffe und bei jeder Schule individuell betrachtet werden müsse. Dennoch gelte auch beim Feininger Gymnasium derselbe Raumfaktor wie bei anderen Schulen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Ranft** um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	skE	Enthaltung
	SR	einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2026 mit dem Haushaltsplan 2026.
2. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept zum Haushaltsplan 2026. Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2026 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die städtischen Beteiligungen, bei denen die Stadt Halle (Saale) einen beherrschenden Einfluss hat, in die Haushaltskonsolidierung einzubeziehen. Im Zeitraum 2026 bis 2030 sind nachhaltig wirkende, haushaltsentlastende, unternehmenskonkrete Beiträge zur Haushaltssicherung i. H. v. mindestens 13 Mio. EUR zu identifizieren, zusammen mit einer Einschätzung damit verbundener Effekte für die Stadt und das jeweilige Unternehmen zu bewerten sowie hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit abzuwägen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2024 zur Kenntnis.

zu 5.2 Neufassung der Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VIII/2025/01019

Frau Ranft erkundigte sich, ob alle Anwesenden die Unterlagen gelesen hätten, in der Materie stünden und abstimmungsbereit seien.

Herr Heym erklärte, dass grundsätzlich Zustimmung bestehe, er jedoch im Anschluss das Stimmverhalten erläutern müsse. Er betonte, dass eine angemessene Diskussion über diesen Punkt für ihn nicht möglich sei, solange die Abschaffung der Vergnügungssteuer nicht vom Tisch sei, auch wenn der Kulturausschuss bereits zugestimmt habe.

Herr Scherer erkundigte sich, inwieweit die Schülerinnen und Schüler der Volkshochschule in den Entscheidungsprozess einbezogen worden seien.

Frau Ranft merkte an, dass derzeit niemand anwesend sei, vermutlich, weil der Kulturausschuss tagt, und dass die Frage daher aufgenommen werde.

Herr Lange betonte die Bedeutung der Abstimmung mit dem Saalekreis. Er erklärte, dass man seit Jahren versuchte, eine einheitliche Preisgestaltung im gemeinsamen Gebiet zu erreichen, das der Saalekreis ebenfalls Teile seiner Volkshochschule betreibt. Er fragte daher, ob im Saalekreis die neue Gebührensatzung bereits verabschiedet wurde, da dies für künftige Gestaltung der eigenen Gebühren relevant sei.

Frau Ranft erklärte, dass die Frage derzeit nicht beantwortet werden könne und von der Verwaltung aufgegriffen wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Ranft** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

skE einstimmig zugestimmt
SR mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

1. die Satzung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale) gemäß Anlage 2 und
2. die dritte Änderung zur Entgeltordnung der Volkshochschule Adolf Reichwein der Stadt Halle (Saale) gemäß Anlage 3.

**zu 5.3 Baubeschluss für die Sanierungsmaßnahme Schulobjekt Rainstraße 19 - Außenstelle für das Giebichenstein-Gymnasium "Thomas Müntzer" in der Rainstraße 19, 06114 Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01655**

Frau Ranft beantragte das Rederecht für Frau Dammköhler. Dem Rederecht wurde einstimmig stattgegeben.

Frau Dammköhler stellte die Präsentation vor.

Frau Ranft bat um eine kurze Erklärung, warum kein Variantenbeschluss vorliegt, und wollte wissen, ob die angesprochene Person damit etwas zu tun habe. Sie kündigte an, zunächst Herrn Gaube das Wort zu geben, um etwas zu den Varianten und dem Verzicht darauf zu sagen.

Frau Dammköhler erklärte, dass in der Leistungsphase 2 eine intensive Untersuchung zum Erhalt der Turnhalle durchgeführt wurde, einschließlich einer Variantenuntersuchung. Sie erläuterte, dass das Ergebnis, basierend auf fehlenden DIN-Normen und insbesondere wirtschaftlichen Faktoren, in Abstimmung mit Fachbereich 24 dazu führte, dass ein Variantenbeschluss nicht durchsetzbar sei.

Herr Gaube schilderte ausführlich die aktuelle Raumsituation an seiner Schule. Er erklärte, dass seit 2009 zwischen 960 und 970 Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen 5 bis 12 unterrichtet werden, verteilt auf durchschnittlich 43 bis 45 Klassen in 43 Räumen. Er betonte, dass der tatsächliche Raumfaktor bei 0,95 liege, da Oberstufenunterricht nicht wie Klassenunterricht organisiert werden könne. Er erläuterte, dass in jeder Unterrichtsstunde spezielle Räume wie Turnhalle oder Informatikraum vollständig ausgelastet seien und kein Raum als Funktionsraum, Vorbereitungsraum oder für alternative Unterrichtsformen freistehe. Die Schule sei im Entwurf als 4-zügiges Gymnasium beschrieben, in der Realität handle es sich jedoch um ein 4,5 bis 5-zügiges Gymnasium mit einer Oberstufe von 120 bis 130 Schülerinnen und Schülern. Herr Gaube betonte, dass die Raumsituation die pädagogische Weiterentwicklung, innovative Lernkonzepte, Projektarbeit und Ganztagskonzepte stark einschränke. Zwei Anträge zur Entwicklung der Schule in Richtung Ganztags seien zwar pädagogisch positiv bewertet worden, aber aus formalen Gründen wegen fehlender Räume abgelehnt worden. Herr Gaube erklärte abschließend, dass er deshalb sein Kollegium bislang davon abgehalten habe, weitere Schulentwicklungsanträge zu stellen, um Überforderungen durch die unzureichende Raumsituation zu vermeiden.

Herr Scherer erkundigte sich zunächst nach der Heiztechnik und äußerte Bedenken, dass ein ergänzender Gaskessel für Spitzenzeiten bei einer neuen Wärmepumpe nicht zukunftsweisend sei. Er wollte wissen, ob es sinnvoll wäre, zwei Wärmepumpen zu installieren, damit im Notfall eine ausfällt, die andere aber weiterhin funktioniert, oder ob in der Übergangszeit nur eine benötigt wird. Zudem fragte er, ob das Dach des Mensaanbaus begrünt werden soll. Er erkundigte sich nach der Freizeitnutzung der geplanten Sportanlagen wie Bolzplatz und Basketball-/Tischtennisflächen und wollte wissen, ob vorgesehen ist, dass diese außerhalb der Unterrichtszeiten genutzt werden können. Abschließend sprach er das Thema Nachtlüftung an und fragte nach der vorgesehenen Nachtlüftung für die Sommerzeit.

Frau Dammköhler erklärte zunächst, dass es sich bei der Kombination aus Wärmepumpe und Gaskessel um eine Hybridheizung handelt. Eine detaillierte technische Erklärung könne sie ohne den TGA-Planer nicht geben, versicherte aber, dass dies geprüft wurde. Da die Schule weiterhin mit statischen Heizkörpern arbeite, sei diese Lösung die einzige tragbare Variante. Zwei gekoppelte Wärmepumpen könnten die nötige Leistung ebenfalls nicht erbringen. Ergänzend zur Wärmepumpe sei daher ein Gaskessel notwendig, unterstützt durch die V-Anlage, die das Gesamtkonzept zusätzlich verbessere. Eine vertiefte Antwort könne sie nach Rücksprache mit der TGA-Planung nachreichen. Zur Begründung des Mensadaches erklärte sie, dass es sich um ein Bestandsdach handelt, dessen Statik weder eine Dachbegrünung noch zusätzliche technische Aufbauten zulässt. Da technische Anlagen auf diesem Dach untergebracht werden müssen, könne keine Begrünung vorgesehen werden. Bezüglich der Zugänglichkeit der Freianlagen verwies sie die Frage an die Stadtverwaltung. Sie erklärte, dass die Freianlagen zwar baulich geschaffen werden, im Konzept jedoch vorgesehen sei, dass die Schule über ein Zugangstor abgeschlossen wird und eine öffentliche Nutzung daher nicht Teil des Planungsauftrags sei. Zur Nachtlüftung sagte sie, dass eine natürliche Nachtlüftung über Fenster vorgesehen ist. Eine mechanische Lüftung sei nicht geplant, da die erforderlichen Nachweise mit Fensterlüftung erfüllt werden können.

Frau Schultze erklärte, dass die Punkte auf jeden Fall noch einmal detailliert mit der Schulleitung abgestimmt werden. Sie erinnerte daran, dass das Vorhaben zunächst als Pilotprojekt umgesetzt werden soll und Erfahrungen daraus anschließend auf weitere Projekte übertragen werden. Sie führte aus, dass bereits darüber gesprochen wurde, den separat liegenden Mensabereich am Nachmittag zugänglich zu machen, was man sich gut vorstellen könne. Die Nutzung der Freiflächen sei bisher noch nicht im Detail diskutiert worden solle jedoch in der weiteren Planung ebenfalls geprüft werden.

Herr Schachtschneider bedankte sich bei Frau Dammköhler für die ausführliche Arbeit, äußerte jedoch einen Kritikpunkt. Er erklärte, dass ihm insbesondere die fehlenden Variantenbeschlüsse störten. Beim Blick auf den Altbau aus dem 1930er-Jahren, der trotz damaliger Sparsamkeit architektonisch geprägt sei, entstehe mit dem geplanten Anbau ein starker Bruch, den er überspitzt als „DDR-Neubaublock“ bezeichnete. Er fragte, ob es Überlegungen gegeben habe, die Dachform des Neubaus anzupassen, um den Übergang harmonischer zu gestalten, und ob dies nicht als Variante hätte geprüft werden können, ohne das Projekt wesentlich zu verteuern.

Frau Dammköhler erläuterte, dass beim geplanten Anbau bewusst auf Kompaktheit geachtet wurde. Ein Satteldach würde einen zusätzlichen Rest- bzw. Hohlraum erzeugen, der sich nicht sinnvoll nutzen ließe, weshalb dies aus funktionalen Gründen verworfen wurde. Sie erklärte zudem, dass auf dem Dach die gesamte Heiztechnik für die Schule untergebracht werden soll, einschließlich der Wärmepumpe. Für diese technischen Aufbauten sei ein Flachdach die logistisch eindeutig bessere und einfacher umsetzbare Lösung. Abschließend führte sie aus, dass das Flachdach auch gestalterisch dazu beiträgt, Mensa und Anbau miteinander zu verbinden. Beide Gebäudeteile seien ähnlich konzipiert und erhielten dadurch einen stimmigen Bezug.

Herr Dr. Bergner bezog sich auf die von Herrn Petzold genannten Schülerprognosen und deren Auswirkungen, die bereits zu schwierigen Entscheidungen an der KGS Hutten geführt hätten. Er betonte, dass er die angespannte Situation an der Schule von Herrn Gaube keinesfalls relativieren wolle, stellte jedoch die Frage, ob sich das Raumproblem angesichts der langen Bau- und Realisierungszeit möglicherweise durch demografische Entwicklungen bereits teilweise erledigen könnte. Er hob hervor, dass die Lage an der KGS Hutten und das aktuelle Projekt unterschiedlich zu bewerten seien, und fragte grundsätzlich, wie man angesichts der Prognosen verantwortungsvoll handeln könne. Abschließend wollte er klären, ob er richtig verstanden habe, dass es sich um ein vollständig ungeförderteres Projekt handelt und ausschließlich städtische Investitionsmittel eingesetzt werden.

Frau Brederlow erklärte, dass es sich, wie bei anderen Schulbauvorhaben, um ein Projekt handelt, das vollständig aus städtischen Mitteln finanziert wird. Sie bittet Herrn Petzold, die aktuellen Schülerprognosen darzustellen, da dieses Thema ausführlich beraten wurde und Grundlage für die Einschätzung ist, dass der Ausbau trotz demografischer Entwicklungen weiterhin erforderlich ist.

Herr Petzold führte aus, dass das TMG seit vielen Jahren der am stärksten ausgelastete Standort gewesen sei. Der Raumfaktor habe dort dauerhaft lediglich bei etwa 1,0 bis 1,1 gelegen und damit deutlich unter dem angestrebten städtischen Richtwert von 1,5. Die Schule habe über einen langen Zeitraum hinweg vierzünftig gearbeitet, und diese Vierzügigkeit habe auch künftig, trotz sinkender Gesamtschülerzahlen, prognostisch abgesichert werden können, wie auch bei anderen Gymnasien. Mit dem geplanten Erweiterungsbau in der Rainstraße hätte sich der Raumfaktor für eine Vierzügigkeit deutlich verbessert. Für den Fall, dass die Schule dauerhaft fünfzünftig arbeite, würde der Raumfaktor zwar erneut niedriger ausfallen, die Schule habe dies organisatorisch jedoch leisten können. Er habe betont, dass die Stadt bei den Aufnahmebedingungen darauf achten werde, eine ausgewogene Verteilung auf die Gymnasien sicherzustellen. Unabhängig davon sei der Erweiterungsbau bereits für eine stabile Vierzügigkeit zwingend notwendig gewesen.

Frau Ranft bat Frau Dammköhler um eine kurze ergänzende Erläuterung zur möglichen KfW-Förderung, auf die in der Präsentation bereits hingewiesen worden war.

Frau Dammköhler erläuterte, dass für das Projekt am Bestandsbau KfW-Fördermittel genutzt werden könnten. Dazu würden Maßnahmen wie Fenstererneuerung, Wärmedämmung der Außenwände, der obersten Geschossdecke sowie des Kellerfußbodens durchgeführt, um die Anforderungen eines KfW-Pakets zu erfüllen. Sie wies darauf hin, dass der schlechte energetische Zustand des Bestandsgebäudes einen zusätzlichen Vorteil biete, da so ein „Worst-Performance-Building“ beansprucht werden könne, was die Möglichkeit eines Zuschusses ermögliche. Die genaue Höhe der Fördersumme stehe noch aus, sie schätzte jedoch eine sechsstellige Summe als realistisch ein. Als Vergleich nannte sie die Rosa-Luxemburg-Schule, für die ein KfW-Zuschuss von rund 850.000 Euro erzielt wurde. Für den aktuellen Schulstandort sei vorsichtig von etwa 500.000 Euro auszugehen. Frau Dammköhler betonte, dass bei der Planung und Ausführung auf eine nachhaltige Ressourcennutzung geachtet werde, insbesondere bei der Fassadengestaltung des Neubaus.

Herr Gaubner antwortete auf Herrn Dr. Bergners Hinweis und erläuterte die historische und aktuelle Situation der Schule. Die Schule sei 1903 als vierzügige Oberrealschule konzipiert worden, das ursprüngliche Raumkonzept sei unverändert geblieben. Heute würden jedoch deutlich mehr Schülerinnen und Schüler bis zur 12. Klasse unterrichtet, sodass das Gebäude den heutigen Anforderungen nur begrenzt entspreche. Er erklärte, dass die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 5 und 6 bewusst in der Rainstraße untergebracht würden, um einen abgeschlossenen Lernbereich zu schaffen und Umbauten auf ein Minimum zu beschränken, was auch aus Kostengründen sinnvoll sei. Diese Jahrgangsstufen benötigten zudem weniger Fachunterrichtsräume, sodass die Auslagerung der Oberstufe nicht erforderlich sei. Herr Gaubner betonte, dass die Mensa für die Jahrgänge 5 und 6 geöffnet werde, da diese besonders auf das Betreuungsangebot angewiesen seien, und hob hervor, dass die Maßnahmen auf einen verantwortungsvollen Umgang mit den Haushaltsmitteln ausgerichtet seien.

Frau Dr. Burkert lobte zunächst die Planung des Projekts und erklärte, dass die SPD-Fraktion dem Vorhaben zustimmen werde. Sie betonte, dass die Schule vor Ort stark ausgelastet sei und eine Erweiterung oder ein Zusatzstandort dringend notwendig sei. Positiv hob sie insbesondere das grüne Klassenzimmer, die neue Mensa, die geplante Zisterne sowie die PV-Anlage hervor. Sie stellte mehrere Nachfragen. Erstens zur Wegeführung der Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 5 und 6 zum Sportunterricht in der Turnhalle des Giebichenstein-Gymnasiums, da der Straßenweg über stark befahrene Bereiche führe und Gefahrenpotenzial bestehe. Zweitens erkundigte sie sich nach der Aula, da die Aula des Giebichenstein-Gymnasiums klein sei und eine zusätzliche Nutzung durch weitere Schülerinnen und Schüler eine Herausforderung darstelle. Drittens fragte sie zum Einsatz der Fernwärme und erklärte, dass vermutlich deren Nichtverfügbarkeit der Grund für die Wahl der Wärmepumpe in Hybridlösung sei. Schließlich wollte sie klären, warum nur die Nebenräume mit Sonnenschutzverglasung ausgestattet würden, nicht jedoch die Klassenräume.

Frau Dammköhler erklärte, dass die Schulwegplanung und Wegeleitung nicht in der Verantwortung der Architektinnen liege. Sie führte aus, dass die Verkehrswegplanung von den zuständigen Fachgremien geprüft worden sei und das Thema weiterhin im Fokus bleibe. Zur Aula-Funktion erläuterte sie, dass die Mensa so ausgestattet werde, dass sie diese Funktion übernehmen könne. In Abstimmung mit der Schulleitung sei beschlossen worden, mobile Lösungen zu nutzen, etwa eine mobile Bühne und flexible nutzbare Bestuhlung. Die Mensa könne entsprechend umgestaltet werden, der Zugang werde barrierefrei sein und die WC-Anlagen seien für die Nutzung vollständig vorgesehen. Bezüglich der Fernwärme erklärte sie, dass diese vom Fachbereich 24 ursprünglich vorgesehen gewesen sei, am Standort jedoch nicht anliegt und in der kommenden Dekade voraussichtlich auch nicht verfügbar sein werde. Daher sei die Planung unabhängig von Fernwärme erfolgt. Zur Verschottung und Sonnenschutzverglasung der Räume stellte sie klar, dass der Wärmeschutznachweis für das gesamte Gebäude jeden Raum berücksichtige. Die Unterrichtsräume erhielten eine außenliegende Verschottung, die über reinen Wärmeschutz hinausgehen, während die Nebenräume keine Jalousien bekämen.

Herr Slowig stellte zwei Fragen. Die erste richtete sich an Herrn Gaube und bezog sich auf die schulorganisatorische Herausforderung der Wegebeziehungen zwischen Hauptgebäude und Außenstelle, die nicht weit voneinander entfernt liege. Die zweite Frage betraf die Nutzung der Sporthalle. Er wollte wissen, ob dort weiterhin Vereinssport stattfindet und ob daraus Konsequenzen für die Turnhallenknappheit entstehen könnten, falls diese Halle künftig wegfalle.

Herr Gaubner erklärte, dass die alte Turnhalle in der Rainstraße baulich so beschaffen sei, dass eine Sanierung wirtschaftlich nicht sinnvoll sei. Gemeinsam mit der Stadt habe man nach Lösungen gesucht, um den Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 5 und 6 möglichst wenige Wege zwischen Hauptgebäude und Außenstelle zuzumuten. Er erläuterte, dass am Hauptstandort die Mehrzweckhalle und die Dreifelderhalle genutzt werden, zudem die Altbauhalle mit der Grundschule geteilt wird. Durch die Einbindung der alten Turnhalle in den Sportunterricht könnten die Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 5 und 6 nur einmal zwischen den beiden Standorten wechseln, begleitet durch die Sportlehrer, sodass ein Sicherheitskonzept gewährleistet sei. Er wies jedoch darauf hin, dass die stark befahrene Burgstraße verkehrstechnisch berücksichtigt werden müsse, etwa durch Zebrastreifen oder anderen Maßnahmen. Zur Frage des Vereinssports erklärte er, dass der Gesamtbedarf an Sportstunden, einschließlich der fünfzügigen Klassenorganisation und der gymnasialen Oberstufe, vollständig abgedeckt werden könne. Die alte Halle sei zu etwa 75 Prozent in den Wohn- und Mittagsstunden nicht genutzt und könne daher problemlos in das Konzept eingebunden werden, sodass keine Engpässe entstünden.

Herr Lange griff die noch offene Frage von Herrn Slowig auf und erkundigte sich, ob die alte Sporthalle, die abgerissen werden soll, derzeit noch für Vereinssport genutzt werde, und bat die Verwaltung um eine entsprechende Auskunft.

Frau Schultze erklärte, dass die Sporthalle am Standort seit 2020 nicht mehr von Vereinen genutzt werde. Bis zu diesem Zeitpunkt seien noch ein bis zwei Vereine dort aktiv gewesen.

Herr Lange fragte zunächst nach der barrierefreien Erreichbarkeit des Gebäudes und verwies dabei auf die Zeichnung auf Seite 9. Er wollte erklärt bekommen, wie der Zugang von der Straße zum Aufzug realisiert werde, und betonte, dass alle Bereiche der Schule barrierefrei erreichbar sein müssen, sodass niemand von Schulhof oder Gebäudebereich ausgeschlossen wird. Darüber hinaus sprach er die geplante Gas- oder Hybridheizung an und wies darauf hin, dass dies mit der kommunalen Wärmeplanung der Stadt abgestimmt werden müsse. Er erinnerte daran, dass die Stadtwerke hierzu einen Beschluss vorbereiten und dass ab etwa 2045 kein Bezug zu Erdgasleitungen mehr zu erwarten sei. Herr Lange bat, die Planung frühzeitig darauf abzustimmen, um langfristige Probleme zu vermeiden.

Frau Schultze erklärte, dass die gesamte Planung der Heizungstechnik mit der EVH abgestimmt und entsprechend deren Vorschlägen entwickelt worden sei. Die ursprünglich angedachte Fernwärme sei am Standort nicht verfügbar, und in den nächsten 35 Jahren sei auch nicht mit einem Anschluss zu rechnen. Die Wärmeversorgung werde über diesen abgestimmten Vertrag sichergestellt, sodass die Planung nicht isoliert, sondern gemeinsam mit der EVH erfolgt sei, um die beste Lösung für den Schulstandort zu gewährleisten.

Frau Ranft fragte nach, wie die Schülerinnen und Schüler der unteren Jahrgangsstufen sicher die stark befahrene Straße überqueren könnten, falls ein Wechsel zwischen den Schulgebäuden doch einmal nötig werden sollte, da grundsätzlich versucht werde, solche Wege zu vermeiden.

Herr Frolow erklärte, dass die Schulwege in Abstimmung mit dem Fachbereich 37 zur Schulwegssicherheit geplant würden. Es habe bereits entsprechende Abstimmungen gegeben, und er bot an, den möglichen Weg zur Verdeutlichung vorzustellen.

Frau Dammköhler beantwortete die Frage zur Barrierefreiheit und erklärte, dass im Gebäude keine Lücken bestehen und alle Etagen sowie Gebäudeteile durchgehend barrierefrei erreichbar seien. Es gebe keine Stufen, stattdessen eine Rampenlösung, die auch die Mensa einbinde. Der Aufzug sei über den Hofzugang des Verwaltungsgebäudes erreichbar, das ebenfalls über Rampen- und Treppenlösungen angebunden sei. So sei ein ebenerdiger Zugang zur neuen Haupthalle gewährleistet, von dort könnten alle Nutzenden schnell und einfach alle Etagen über den Aufzug erreichen.

Herr Lange erkundigte sich, ob auch alle Hofbereiche des Schulgeländes barrierefrei erreichbar seien.

Frau Dammköhler erklärte, dass auch alle Hofbereiche barrierefrei zugänglich seien. Das obere Plateau, auf dem der Sportplatz angelegt wird, verfüge über eine Rampenlösung. Trotz der Hanglage mit einem Gefälle von neun Metern sei sichergestellt, dass alle Bereiche des Grundstücks erreichbar seien, sodass auch Schülerinnen und Schüler mit Einschränkungen den Sportplatz uneingeschränkt nutzen könnten.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Ranft** um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	skE	einstimmig zugestimmt
	SR	einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat verzichtet auf einen Variantenbeschluss.
2. Der Stadtrat beschließt den Abbruch der Sporthalle, die Sanierung des Schulgebäudes mit anschließender Mensa sowie die Erweiterungsneubauten für Verwaltung und Nebenräume der Speiserversorgung der Außenstelle des Giebichenstein-Gymnasiums „Thomas Müntzer“ am Standort Rainstraße 19, 06114 Halle (Saale) in einem Gesamtwertumfang von 17.152.600,00 € brutto.

zu 5.4 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VIII/2025/01115

Herr Lange führte aus, dass der von der Verwaltung vorgelegte Vorschlag ausgewogen gewesen sei und die Wegebeziehungen nachvollziehbar dargestellt habe. Auf kleinere Korrekturhinweise sei die Verwaltung eingegangen. Zudem stellte er die Frage der Grundschule Glaucha erneut in den Raum. Diese habe angegeben, dass ihre Schülerzahlen künftig etwas zurückgehen würden. Er bat darum, darzulegen, inwiefern dies berücksichtigt worden sei, welche Entwicklung für die Friesenschule prognostiziert werde und wie diese Entwicklungen insgesamt mit den anderen Schulen im Stadtgebiet in Einklang gebracht würden.

Herr Petzold erklärte, dass er die aufgeworfenen Fragen bereits notiert habe und diese im Nachgang, zeitnah schriftlich beantworten werde.

Herr Slowig fragte nach den vorgesehenen Schulbezirksänderungen und wies darauf hin, dass sich für die Kinder aus dem Ter-Viertel, die künftig die Lessing-Schule besuchen sollen, der Schulweg verlängere. Er betonte, dass der neue Weg unter anderem die vierspurige B6 beinhalte und wollte wissen, ob dieser Schulweg insbesondere unter Sicherheitsaspekten geprüft worden sei.

Herr Petzold erklärte, dass alle vorgeschlagenen Schulbezirksänderungen im Vorfeld geprüft worden seien. Der Fachbereich Bildung habe die vorgeschlagenen Anpassungen hinsichtlich der Schülerbeförderung bewertet. Diese habe die Wegebeziehungen überprüft. Der Fachbereich Sicherheit habe die verkehrliche Situation begutachtet. Er erklärte weiter, dass er auf Wunsch gern zusätzlich prüfen lasse, ob das betroffene Viertel der Friesen-Schule zugeordnet werden könne, um mögliche Gefährdungen für die Kinder zu vermeiden. Diesen Prüfauftrag würde er aufnehmen und die Ergebnisse anschließend schriftlich vorlegen.

Frau Ranft bat Herrn Petzold darum, zwei Punkte noch einmal zu überprüfen. Zum einen regte sie an, die Schulwegzuordnung für die Kinder aus den Straßen Kleist-, Scheffel-, Uhland- sowie teilweise Schleiermacherstraße erneut zu berechnen. Diese Kinder seien derzeit der Lessing-Schule zugeordnet, obwohl die Dürer-Schule deutlich näher liege. Zum anderen bat sie darum, auch die Zuordnung der Straßen Eckstein-, Luther-, Jonas- und Beethovenstraße zu kontrollieren. Diese seien dem Ludwigsfeld zugeordnet, obwohl die Johannes-Schule wesentlich näherliege. Sie verwies darauf, dass Herr Petzold bereits angeboten habe, solche Hinweise vorab einzureichen. Da dies noch nicht erfolgt sei, bat sie nun um Prüfung beider Fälle.

Herr Petzold sagte, dass die Verwaltung die Hinweise aufnehme und die Abwägung wie gewohnt nachreiche.

Frau Dr. Burkert stellte fest, dass die Grundschule am Ludwigsfeld für die Kinder aus der Eckstein- und der Lutherstraße deutlich weiter entfernt sei als die Johannes-Schule. Sie verwies zudem darauf, dass zwischen diesen Straßen und der Grundschule am Ludwigsfeld stark befahrene Straßen wie die Beesener Straße und die Wittenberger Straße lägen. Aus ihrer Sicht erschließe sich daher nicht, warum die Schülerinnen und Schüler aus diesem Bereich künftig der Grundschule am Ludwigsfeld zugeordnet werden sollten, zumal es sich um einen kleinen Bereich handele. Der unmittelbar an die Johannes-Schule grenze.

Herr Petzold bat darum, die genannten Straßen und Hinweise formlos direkt an ihn zu schicken, damit die Verwaltung ohne Verzögerung mit der Prüfung beginnen könne. Er habe zwar bereits mitgeschrieben, aber aufgrund der Vielzahl an Straßennennungen sei eine Schriftliche Zusendung sinnvoller. Die Unterlagen könnten ihm auch über Frau Seidel-Jähnig weitergeleitet werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Ranft** um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	skE	einstimmig zugestimmt
	SR	einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die dritte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) – Dritte Änderungssatzung Schulbezirkssatzung – gemäß der Anlage 1.

zu 8 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Am Ludwigsfeld** **Vorlage: VIII/2025/01825**

Frau Dr. Burkert berichtete von ihrem Besuch der Grundschule Ludwigsfeld. Dabei sei aufgefallen, dass in einigen Klassenräumen zwar Papierhandtücher vorhanden seien, jedoch keine Papierspender. Sie erkundigte sich nach dem Ergebnis der angekündigten Prüfung, ob entsprechende Spender nachgerüstet werden könnten. Weiterhin sprach sie das Thema der sogenannten „Pisswars“ an, die noch in einigen Grundschulen vorhanden seien. Die Besichtigung habe gezeigt, dass diese unhygienisch seien, stark spritzten und unangenehme Gerüche verursachten. Sie stellte daher grundsätzlich infrage, ob solche Anlagen in Grundschulen weiterhin vertretbar seien. Zudem wies sie auf den baulichen Zustand der in den 1970er-Jahren errichteten Schule. Trotz einzelner Erneuerungen wie Fenster und Maßnahmen aus dem Digitalpakt bestünde aus ihrer Sicht langfristiger Sanierungsbedarf. Die Schule selbst wünsche sich eine grundlegende bauliche Ertüchtigung. Trotz der angespannten Finanzlage der Stadt regte sie an, den Standort perspektivisch in die Sanierungsplanung einzubeziehen. Abschließend erkundigte sie sich nach den geplanten Fahrradständern. Für dieses Jahr stünden keine Mittel mehr zur Verfügung, daher bat sie darum, die Finanzierung und Umsetzung verbindlich für das kommende Jahr einzuplanen.

Herr Grabo-Gläser erläuterte, dass der schule herkömmliche Fahrradständer angeboten worden seien, diese jedoch von der Schule abgelehnt wurden. Investive Mittel für bessere Fahrradständer stünden derzeit nicht zur Verfügung. Zu den Urinalen erklärte er, dass es sich um sogenannte Trockenurinale handelt. Diese seien baulich so verbaut, dass sie nicht ohne Weiteres entfernt oder ersetzt werden können, weshalb man vorerst mit dieser Lösung leben müsse. Die Frage zu den fehlenden Papierspendern nehme er mit und werde sie prüfen lassen.

zu 8.2 **Frau Ranft zur Grundschule Karl Friedrich Friesen**

Frau Ranft berichtete, dass sie Rücksprache mit der Grundschule Friesen gehalten habe, da der ursprünglich genannte Termin im März für die Vorstellung des Schulkonzepts aus ihrer Sicht zu spät sei. In einem gemeinsamen Gespräch sei nun vereinbart worden, dass die Schule anstrebe, das Konzept bereits im Februar im Ausschuss vorzustellen. Der Januar-Termin sei aufgrund des frühen Sitzungsdatums am 07. Januar nicht realistisch, und der Dezember-Termin zu kurzfristig. Die Schule befinde sich im engen Austausch mit dem Schulentwicklungsplaner und habe zudem eine neue Hortleitung, wodurch derzeit Abstimmungsprozesse liefen. Ziel sei es jedoch, den Ausschuss im Februar zu informieren.

zu 8.3 Herr Scherer zur Fortschreibung des Bildungskonzepts

zu 8.4 Herr Scherer zum Freitisch

Herr Scherer fragte zum einen, nach dem Stand der Fortschreibung des Bildungskonzepts, die ursprünglich für Herbst 2025 vorgesehen war und im Sachverhaltsbericht behandelt werden sollte. Zum anderen wollte er den aktuellen Stand zur Umsetzung des Freitisch-Konzepts wissen.

Frau Brederlow erläuterte, dass zunächst der Abschlussbericht abgewartet werden muss, bevor die Fortführung des Bildungskonzepts starten kann. Herr Gerstner bereite die nächste Phase der Fortschreibung vor, die im kommenden Jahr beginnen soll, inklusive eines umfangreicheren Beteiligungsverfahrens. Zum Freitisch verwies sie auf Herrn Frolow, der dazu weitere Informationen geben kann.

Herr Frolow erläuterte, dass in Kürze ein Entwurf für eine Verwaltungsvorschrift zur Umsetzung präsentiert werden kann.

zu 8.5 Herr Lemberg zur Grundschule Am Ludwigsfeld

Herr Lemberg fragte nach der Nutzung der Turnhalle der Grundschule am Ludwigsfeld. Er wollte klären, ob es unterschiedliche Regelungen für die Vergabe an Vereine und die Nutzung im Schulbereich gibt, da er gehört hatte, dass die Turnhalle für den Vereinssport nicht freigegeben sei, und regte an, dies gegebenenfalls beim Fachbereich Sport nachzufragen.

Frau Brederlow erklärte, dass für Schulen unterschiedliche Regeln gelten, da der Schulsport stets Vorrang hat. Sie wies darauf hin, dass manche Sportarten in bestimmten Hallen nicht möglich sind und sich erkundigte, warum die Turnhalle der Grundschule am Ludwigsfeld aktuell nicht an Vereine vergeben wird, und versprach, dies noch zu prüfen.

zu 8.6 Herr Lange zur Reilschule

Herr Lange erkundigte sich, ob mit der Reilschule alles abgestimmt sei, insbesondere im Hinblick auf Schülerzahlen und Raumkonzept, wenn die Rainstraße umgesetzt wird und die Schüler wieder an die Reilschule zurückgehen.

Frau Brederlow bestätigte, dass dies selbstverständlich abgestimmt sei und verwies darauf, dass in den letzten Jahren die Reilschule aus diesem Grund nur zweizügig aufgenommen wurde.

Herr Lange fragte nach, ob die Reilschule danach dreizügig oder weiterhin zweizügig geführt werde.

Frau Brederlow führte aus, dass die Reilschule als Sekundarschule mindestens zweizügig bleibt und voraussichtlich auch so weitergeführt wird. Sie betonte, dass dies angesichts des Risikos, dass beliebtere Schulformen Schüler abziehen könnten, wichtig sei, und dass die Schule damit nicht gefährdet sei.

zu 9 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Frau Ranft beendete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Melanie Ranft
stellv. Ausschussvorsitzende

Charlize Meisner
stellv. Protokollführerin